



**Kommentar: 06. 07. 2019: Heiner Hannappel,
Deutschland auf der Rutschbahn ins Desaster.
Ein langer Blick auf unsere gefährdete Republik.**

Schon von der Thematik her kann dieser Kommentar zur Halbzeit dieses Jahres nicht klein ausfallen. Nehmen Sie liebe Leser sich deshalb etwas Zeit, oder downloaden Sie diese PDF Datei.

Lesezeit etwa 50 Minuten.

Die Wurzeln unseres Wohlstands und Kultur verdorren.

Das Land der Dichter und Denker verkommt zu einem Land der Beliebigkeiten. Werte, was ist das? Moral, wo ist die? Anstand, wo gibts den zu kaufen? Haltung, eigene Meinung, wirtschaftliche Kompetenz, wo stehen all diese Attribute einer in sich ruhenden Gesellschaft, die nach Außen nachahmenswert ein Vorbild an funktionierender, gelebter Demokratie sein könnte, die aber anscheinend in unserem Land im Innern an sich selbst zerbrechen droht.

Die Kanzlerin repräsentierte schon seit ihrem ersten Amtsantritt Orientierungslosigkeit und nun zusätzlich noch eine uns alle quälende Zerrissenheit einer Großen Koalition-, die vom Bundespräsidenten Steinmeier quasi per Dekret mir viel Druck, der diesem eigentlich nicht zusteht, zusammengepfercht wurde. Steinmeier ist zum politischsten Präsidenten der Nachkriegszeit geworden, dem angesichts des Zustandes seiner SPD jegliche Neutralität im Amt, zu der er jedoch per Amtseid verpflichtet ist, abhandengekommen ist.

Der jetzige Bundespräsident Steinmeier scheint als Realpolitiker im Gegensatz zu seinem Vorgänger Gauck keinerlei philosophische Eigenschaften zu haben. Eher entwickelt er sich zu einem Präsidenten, der in der sichtbaren sich immer deutlicher polarisierenden Gemengelage der Parteienlandschaft Macht aneignet, die ihm per Gesetz nicht zusteht. Man mag darüber philosophieren, ob Steinmeier richtig handelt, mich jedoch stört es,

wenn er sich dort einmischt, wo er neutral sein sollte.

Die von dem Bundespräsidenten als Akteure am Kabinetttisch mehr oder weniger "Gezwungenen" wollen schon lange nicht mehr miteinander und nur die desaströsen Umfragewerte wirken wie Klebstoff der auch die größten Risse der GROKO, der kleinsten und letzten großen Koalition kittet.

Wir spüren es immer deutlicher, dass es hier nicht mehr um die Wähler, um uns Bürger geht, sondern nur noch um Machterhalt nebst lukrativen Parlamentarierbezügen, sodass beides um jeden Preis bis zum Ende der laufenden Legislatur zu verlängern ist.

Ist Deutschland noch ein Vorbild an Demokratie, an Meinungsfreiheit, die sich überall zeigen darf, auch in der Presse, den Medien, im öffentlich rechtlichen Rundfunk / TV? Diese von uns mit einer zusätzlich so empfundenen Steuer zwangsweise finanzierten Anstalten sind längst nicht mehr überparteilich, auch wenn diese das immer vorgeben. Ihre Moderatoren der vielen Talkshows singen das Lied ihrer politisch indoktrinierten Brötchengeber und halten das noch für neutralen Journalismus, was jeder objektive Zuschauer jedoch als links-grüne Meinungsmache erkennt.

Seit 15 Jahren können wir eigentlich von einem "Staatsrundfunk" sprechen, dem eine objektive Kritik am Regierungshandeln abhanden gekommen ist, der ungeniert jede fundierte, mit Fakten unterlegte Kritik in den Talkshows, die zu Tribunalen gegen rechte Ansichten umfunktioniert werden, abwürgt.

Wir sind es gewohnt, alles zu jeder Zeit an jedem Ort im Überfluss zu bekommen und.... es einfach so wegzuwerfen, wenn die Augen größer waren als der Bauch. Wir schauen immer noch auf das billigste Angebot, auch dann noch, wenn billig sündhaft teuer ist.

Genau so in der Politik, die zurzeit ohne Moral, Werte, Haltung, Ethik, ohne jeglichen Anstand nur noch Ramschware produziert, die man allenfalls in den untersten Regalen der Supermärkte finden würde, wären diese überhaupt im Angebot. Nichts mehr wird vom Ende her gedacht, nur noch beliebig auf den Augenblick regiert, es wird immer hektischer agiert, um nur ja noch jeden kleinsten Fitzel an Stimmung aufzugreifen, der eine Wählerstimme bringt.

Wir erleben eine alle Gesellschaftsbereiche beeinflussende und

schädigende, nicht bis zu Ende durchdachte Beliebigkeitspolitik, welche den von uns Bürgern aber erwartenden Qualitätsstandards der Kanzler von Adenauer bis Schröder längst nicht mehr entspricht.

Zukunftprognosen der Regierung, egal zu welchen Themen, besonders in der Klima und Energiepolitik, werden von bestellten Gefälligkeitswissenschaftlern erstellt, die in Statistiken oder Studien bar jeglicher Logik, der nicht mehr geneigten Öffentlichkeit als unwiderlegbare neueste wissenschaftliche Erkenntnis unterbreitet werden. Kaum eine dieser politischen Studien, deren Ergebnisse vorher erwünscht, so auch vergütet wurden, hielt der Realität stand. Hat man sich dann vertan, wird eine neue Studie erstellt, der man natürlich selbstverständlich auch vertrauen muss, da man ansonsten als unverbesserlicher Populist mit rechter Gesinnung abgestempelt wird.

Dass die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung mit den von vielen Studien abweichenden Realitäten völlig anders aussieht, scheint in dieser abgehalfterten GROKO uninteressant zu sein.

Studie ist eben Studie und damit basta. Hauptsache, die Illusionen der Auftragsgeber werden bestätigt und befriedigt.

Da wir nun bei Studien angelangt sind, werfen wir doch einmal einen Blick auf das Studieren. Ist studieren immer der richtige Weg zu einem erfüllten Berufsleben?

Vor einem eventuellen Studium müssen erst in den Grundschulen und weiterführenden Schulsystemen die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass junge Menschen erst zu einem Studium in der Lage sind. Inklusions- und Integrationsanforderungen überfordern jedoch deutlich sichtbar auch in den Ergebnissen erkennbar die zu geringe Zahl der Lehrerschaft, die zu dem Lernprozess auch noch Erziehungsaufgaben stemmen muss, die eigentlich in den Elternhäusern stattfinden müssten.

Islamisch geprägte Elternhäuser machen jedoch allzuoft die von Lehrern erzielten Erfolge zuhause mangels Anpassungswillen an die westliche Gesellschaft wieder zunichte. Abgesehen davon, dass es auf den Schulhöfen aufgrund unterschiedlicher religiöser Vorstellungen seitens der muslimischen Schüler immer wieder zu Gewalttätigkeiten kommt, sogar in den, wenn vorhanden,

Schulkantinen Essensumstellungen nach islamischen Wünschen durch unverständliche Richtersprüche erzwungen, auch ohne diese nachgegeben wird, gestaltet sich die Lerngeschwindigkeit in den Klassen aufgrund sprachlicher Unvereinbarkeiten äußerst schwierig, da Lehrer mit den verschiedensten Ethnien und Sprachen klarkommen müssen. Oftmals sind deutsche Schüler in ihren Klassen hoffnungslos in einer Minderheit und werden dementsprechend von Mitschülern behandelt und wegen ihrer christlichen Religion in ihrem christlich geprägten Heimatland, in ihrem kulturellen Zuhause gemobbt.

Also leiden deutsche Schüler in einer deutschen Grund- und weiterführenden Schule daran, dass sich die Lerngeschwindigkeit den langsamsten, der deutschen Sprache unkundigen Schülern mit Migrationshintergrund anpassen muss. Wegen einer überbordenden Migration, die sich in den Schulen ebenfalls aufzeigt, ist es in vielen Städten, Stadtteilschulen nicht mehr machbar, deutschen Schülern in den gesetzlich vorgesehenen Zeitabläufen das nötige Wissen mitzugeben, um im Leben bestehen zu können.

Im Ergebnis wird das deutsche Abitur, einstmals hochgepriesen, diesen Mängeln immer mehr angepasst, und ist nur noch ein Schatten einstmaliger Anforderungen, zudem noch unterschiedlich in den einzelnen Bundesländern. Ja, wir haben nun die Situation, dass zwar ein Abitur zum Studieren vorhanden ist, aber zum Studieren mangels Grundwissen nicht mehr in jedem Falle befähigt.

Selbst die Wirtschaft, überwiegend mittelständische Unternehmen beklagen, dass den Auszubildenden sogar die mathematischen Grundlagen für die simpelsten Anforderungen fehlen und Lehrlinge überfordert nach kurzer Zeit das Handtuch werfen und ohne Ausbildung in ein Leben ohne berufliche Zukunft gehen. Hier in den Schulen wird schon an der Rutschbahn gewerkelt, auf der es für Deutschland immer mehr abwärts geht.

Dass mit der Hände Arbeit heutzutage kein Vermögen mehr gebildet werden kann, ist längstens bekannt, da vererbte Vermögen ein so großes Wachstumspotenzial haben, sich öbszön verstecken und steuerlich minimieren können, weshalb der arbeitende Mensch da nicht mehr mit noch so viel Fleiß mitziehen kann. Und doch sind Handwerker aller Art so unverzichtbar für unsere Gesellschaft, wie

ihr Mangel heute offensichtlich ist.

Wenn auch nicht Wohlstand, so kann das Handwerk mit dem nötigen Anspruch an Qualität ausgeführt, eher zu einer größeren Bereicherung und Zufriedenheit mit einem leidlich auskömmlichen Einkommen im Leben führen, als ein ohne Bedacht gewähltes Studium, welches im späteren Leben weder zu einem befriedigendem Einkommen, noch zu einer erreichbaren Zukunft führt, letztlich erfolglos von der Gesellschaft teuer subventioniert, für diese ökonomisch aber wertlos ist.

Immer mehr bestimmen intolerante Ideologen und Ideologien was Wissenschaft zu sein hat und wie Wirtschaft funktionieren soll.

Ich spreche hier über die Grundlagen der Erfolge, die Deutschland vor und nach den beiden Weltkriegen als Wissenschaftsnation auszeichnete und immer wieder aus den tiefsten Tälern an die Weltspitze führte.

Heute anno 2019:

Realitätsfremde Ideologien werden zur Wissenschaft erklärt, was zur Folge hat, dass das Wissenschaftliche zur Glaubensfrage geworden ist, die sich wiederum allzugerne, mangels eigener Inhalte mit Positionen der Wissenschaft schmückt.

Deutsche Universitäten rutschen zunehmend in eine für unsere Zukunft gefährliche Mittelmäßigkeit ab. Der Irrglaube, dass ein Abitur gleich Studierfähigkeit beinhaltet, ist bei den Abiturkriterien eine der Lebenslügen der Bildungspolitiker, die gleichzeitig unser Bildungssystem leichtfertig finanziell austrocknen, um anderen Verpflichtungen, wie z.B. die Finanzierung der enorm anwachsenden Migrantenkosten in Bund, Länder und Kommunen in Höhe von Hunderten von Mrd. Euro in den nächsten Jahren zu bewältigen. Mindestens 50 Mrd. pro Jahr, Tendenz steigend.

Man kann eben Steuereinnahmen nur einmal ausgeben.

Wenn Bildungseinrichtungen wie Schulen unansehnlich und unhygienisch werden, eher für Abrissbirnen geeignet sind, als sich als Wohlfühloase geistiger Weiterentwicklung eignen, ist das

symptomatisch für den Zustand unserer Wirtschaftsnation.

Anderorts in Europa werden ganz andere Zahlen mit über 50% abgeschlossener Studienabschlüsse gemeldet. Deutschland, im unteren Mittelfeld angelangt, erreicht mit 34% nicht einmal seine eigenen, selbstgesteckten Ziele von 44% abgeschlossener Studienabschlüsse. Weltweit in Japan, Süd-Korea, China, in der übrigen Welt gelten schon in den Grundschulen ganz andere Kriterien unter denen unsere anscheinend degenerierte, von Wohlstand verwöhnte, von Ideologien und Technik gegängelte Jugend zusammenbrechen würde.

Zugegeben brechen diese Schüler in Asien allzuoft unter dem Anspruchsdenken ihrer Eltern und ihrer Gesellschaften überfordert zusammen, was den Gedanken über Sinn, Werte und Glück nebst unverhältnismäßige Ansprüche an unser Leben und in unseren Gesellschaften aufkommen lässt.

Zudem sind die Wissenslücken der Abiturienten in unserem von der Politik hochgelobten Landes einfach zu groß.

Studieren heißt auch lesen, lesen und schmerzhaft, nochmals lesen. Man nennt das eben studieren. Also lernen von dem Wissen vergangener Generationen, von deren Schriften, gepaart mit dem heutigen Wissensstand zu neuen Schlüssen, zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen nebst innovativen Erfindungen zu kommen.

Dazu sind aber die Smartphoneverwöhnten, auf kurze Texte, kurze Antworten fixierten Studienanwärter nicht bereit und leider auch nicht in der Lage. Ausgerechnet in den Studienbereichen mit Mathematikgrundlagen, in denen Deutschland immer weltweit an der Spitze stand, ja stand, (denn die Sprache der Ingenieurwissenschaften war ehemals weltweit deutsch), also in Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften, aber auch Volks- und Betriebswirtschaftslehre, erfüllen die Abiturienten kaum noch die Grundlagen zum Studium dieser Fächer. Auch in der Bildung, wie in allzuvielen Bereichen unseres Landes, angeführt von der Politik, etabliert sich verhängnisvoll, überdeutlich die Regel, dass das Unwesentliche vor dem Wesentlichen den Vorrang bekommt. So färbt die beliebige Politik dieser Kanzlerin seit 15 Jahren schon auf die Bildung, wie zu sehen, eben auch auf die Wirtschaft ab!

Die Ideologie des Unwesentlichen schlägt das Wesentliche, was niemals auf Dauer gut gehen kann!

Hochqualifizierte Lehrkräfte der deutschen Unis sind zu keiner Lebensplanung in der Lage, da sie zu großen Teilen immer nur befristet, oder kurzfristig zu niedrigsten Kosten eingestellt, ohne bezahlte Semesterferien, die aus den Saisonverträgen ausgespart werden, Jahr für Jahr in finanzieller Planungsunsicherheit leben müssen. Einfach nur erbärmlich für einen Wirtschaftsstandort, der von jeher nur Bildung als Rohstoff hatte. Beamte aber leisten wir uns mit den Pensionsfolgen in unverantwortlicher Größenordnung!

Toleranz und freies Denken auf unseren Universitäten gerät immer mehr unter die Räder eines intoleranten links-grünen Meinungsdictats, das mittlerweile auch zu 70 % den Journalismus erfasst hat. Selbst in den Universitäten, die für offene Meinungsäußerungen im Sinne einer sich frei entwickelnden Wissenschaft geradezu prädestiniert sein sollten, die für ein Bildungswesen mit offenem Denken stehen sollten und eintreten müssten, in denen jede Meinung von links bis rechts zu Wort kommen müsste, werden die qualifiziertesten Professoren genötigt, konservatives Denken zugunsten linker Ideologien öffentlich zu vermeiden.

Unsere Universitäten geraten so immer mehr unter die Dogmen einer links und grün gestrickten Ideologie, die obendrein verhängnisvoll von den Medien unterstützt wird.

Sind unsere Universitäten eigentlich noch ein Hort für freie Denker?

Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Missliebige Professoren wie der Politikwissenschaftler Werner Patzelt oder Thilo Sarrazin sowie der Historiker Jörg Baberowski und viele andere Freigeister, die sich den links-grünen Meinungsmanagement nicht unterwerfen wollen, wie auch der Politologe Herfried Münkler werden ausgegrenzt, weil ihre Meinungen nicht konform mit der heutigen links-grün infiltrierte Politik sind.

Das alarmierte nun sogar den Deutschen Hochschulverband (DHV), der vor einer Einschränkung der Meinungsfreiheit warnte. Dessen Präsident Prof. Dr. Herbert Kempen sagte anlässlich des 69. DHV-Tags in Berlin: „Die Toleranz gegenüber anderen Meinungen sinkt. Das hat auch Auswirkungen auf die Debattenkultur an

Universitäten.“

Studierfreiheit, wird diese künftig auch noch unter das Diktat der links-grünen Ideologien fallen, wenn konservativ zu sein zu einer Diskriminierung führt?

Fatal dabei ist nur, dass auf parteilichen Ideologien fußenden Illusionen wirtschaftliche und politische Entscheidungen aufgebaut wurden, die sich dann letztlich als falsch erwiesen, wie z.B. bei der Energiewende, deren Rechnungen wir alle, auch unsere Wirtschaft mit den europaweit höchsten Strompreisen nebst einer sich immer weiter verstärkenden Konkurrenzunfähigkeit bezahlen.

Ich erinnere an die Aussage der Kanzlerin in 2011: „Die EEG-Umlage soll nicht über ihre heutige Größenordnung von 3,5 Cent pro Kilowattstunde hinaus steigen“. Heute, also in 2019 liegt sie bei 6,405 Cent pro Kilowattstunde (netto).

Genau so verhält es sich bei dem Kohleausstieg, der spätestens in 2038 kommen soll, oder "keine Verbrennerfahrzeuge" mehr ab 2030. Das sind alles Luftbuchungen in die Zukunft, die aber heute schon verkehrte und falsche Zielvorgaben mit allen negativen Folgen für unsere Wirtschaft beinhalten.

So beeinflusst zunehmend die Logik der um sich kreisenden Parteien der verschiedensten Koalitionen, besonders der GROKO in den letzten 15 Jahren, da auf falschen Annahmen fußend, negativ unser gesamtes wirtschaftliches und gesellschaftliches Geschehen. Und die Welt lacht ungläubig über unser Land, ein Land das sich als ehemalige Wissensnation eine 180 Grad Wendepolitik dieser Kanzlerin nach der anderen gefallen lässt und sich nun bei wirtschaftlicher Kompetenz, wie auch bei den ehemals ehernen Kompetenzen der Forschung Fliehkräfte aus Deutschland heraus entwickeln. Und ich ärgere mich darüber, dass die Welt recht hat zu lachen.

Seit 1944 (Mein Jahrgang) habe ich jeden Kanzler kommen und gehen sehen. Einzig Adenauers Kommen sah ich aus nachvollziehbaren Gründen nicht.

Quasi jeder Kanzler hatte ein Narrativ, also eine Geschichte/Vorstellung, wohin Deutschlands Weg denn gehen sollte.

Seit über 15 Jahren erleben wir nun eine Kanzlerschaft ohne

Narrative, ohne wirkliche Führung, ohne den Ehrgeiz unser Land voranzubringen. Die einzige Richtung, die aus dem sich im Dornröschenschlaf befindlichen Kanzleramt noch wahrzunehmen ist, heißt "Machterhalt" um jeden, aber auch jeden Preis. Ein Siechtum für die nächsten quälenden zwei Jahre mit dieser Kanzlerin ohne Inhalte ist so schmerzlich für uns vorprogrammiert.

Ohne jegliche Steuerung, ohne richtungsgebende Impulse treibt Deutschland und mit ihm die EU konzeptlos durch immer bedrohlicher werdende Zeiten sich multipolar entwickelnder Machtpole, zu denen Europa angesichts seiner Uneinigkeiten gewiss nicht gehört, wo doch zielgerichtetes, konsequentes Regieren vonnöten wäre, um ein einiges Europa wenigstens als Vision zu erhalten.

Die Ergebnisse der letzten EU-Wahl und der Umgang mit diesen, da die Spitzenkandidaten der jeweiligen Parlamentsfraktionen nun nicht mehr von den Regierungschefs anerkannt werden, lassen tief blicken.

Prompt geht das unwürdige Geschachere um die Spitzenpositionen wieder los und lässt erkennen, dass die Politiker nichts aus der Vergangenheit gelernt haben und den europäischen Gedanken, der sich auch in Wahlen artikuliert, missachten und zerstören. Wer geht denn künftig noch zu einer Wahl eines EU-Parlaments, welches ohne Initiativrecht zu Gesetzen eigentlich nichts zu sagen hat?

Anstatt in Europa als wirtschaftlich starker Stabilitätsanker die Richtung zu einem europäischen Kraftzentrum zu weisen, taumelt unser Land von einer links-grün hochgepeitschten Klimahysterie in die nächste. Dieser Hype, dem Weltklima die höchste Priorität vor allen anderen Problemstellungen einzuräumen gibt es nur in Deutschland mit seinem 2,5 prozentigem Anteil an der weltweiten CO² Belastung. Nur in Deutschland erleben die GRÜNEN eine derart rasanten Aufstieg.

Es ist aber abzusehen, dass dieser Aufstieg mit seinen absehbaren wirtschaftlich negativen Folgen, wenn erkennbar wird, dass damit die Finanzierung unserer Sozialsysteme fragwürdig wird, wie ein erkaltetes Souffle in sich zusammenfällt. Nur, dann sind die Volksparteien in der Versenkung verschwunden. Was dann? Rationale wirtschaftliche Erwägungen sind nebensächlich,

Hauptsache, das E-Auto kommt auf biegen und brechen, egal ob eine ganze Auto- und dessen Zulieferindustrie dabei vor die Hunde geht, die für jeden siebten Arbeitsplatz steht. Dass ein E-Auto schon alleine bei seiner Herstellung bei null Kilometerstand mehr CO² erzeugt, als ein vergleichbarer Benziner oder Diesel mit gefahrenen 100.000 Km, geht in dieser Klimahysterie komplett unter.

Überhaupt, wer gibt Deutschland eigentlich seine Klimaziele vor?

Viele Länder der EU sind doch noch gar nicht in der Lage genaue Erfassungen der Emissionsmengen vornehmen zu können, zumal bei diesen erst einmal CO₂-Register aufgebaut werden müssen. So gibt es Kontrollen, wenn überhaupt, nur durch die Vertragsstaaten. Erst recht keinen Sanktionsmechanismus, wie uns von den grün gestrickten Medien als völkerrechtliche Verpflichtung suggeriert wird.

Die Behauptung, dass Deutschland schon bis 2030 aus der Kohle aussteigen müsse, ist eine reine Zweckbehauptung.

Nur ein gemeinsamer „Klimaschutzbeitrag“ der EU-Staaten von minus 40 Prozent ist Vertragsinhalt, der bis dahin durch das CO₂-Handelssystem (ETS) umzusetzen ist. Die darüber hinaus gehenden Zielsetzungen sind wie in Deutschland ohne Rücksichten auf das ökonomisch Machbare national draufgepackt, um einem irrationalen Ehrgeiz des links-grünen Meinungsmanagements, welches über 70 Prozent des Journalismus durchzieht, gerecht zu werden.

Das neu entwickelte Techniken und Treibstoffe zusammen mit den alten Treibstoffen, zusammen mit Gas übergangsweise effektiver sind, findet keine Erwähnung, ebenfalls nicht, von wo denn bei abgeschalteten Atom, Steinkohle und Braunkohle Kraftwerke der Strom zum Aufladen der E- Mobilität nächstens bei Windstille herkommen soll? Von unseren Nachbarn, sagte doch glatt der Wirtschaftsminister Altmeier! Die stärkste Ökonomie Europas ist auf Stromlieferungen aus der Nachbarschaft angewiesen. Irrsinn feiert Triumphe. Das Abschalten der Atomreaktoren Deutschlands ist nicht nur aus diesem Grund eine ökonomische wie auch ökologische populistische Fehlentscheidung dieser Kanzlerin mit fatalen Folgen.

Nur noch mit sich selbst beschäftigt, kreisen die Parteien von

medialen Umfragen gepeitscht immer schneller um sich selbst und geben wie ein solcherart immer schneller werdender Musikkreisel immer höhere, wenig melodiöse Töne von sich.

Das politisch geübte Ohr hört diese überaus schmerzhaften Dissonanzen. Die Bevölkerung, angewidert von den ständig wechselnden Chormitgliedern, von denen ein jeder ein Caruso sein will, wendet sich ab angesichts des raschen Schwundes an Tenören in den noch verbliebenen "Volksparteien". Quasi jeder Politiker meint zu allen Themen etwas vor der hingestellten Kamera sagen zu müssen, obwohl er nichts zu sagen hat, da er zu wenig kundig ist. Deutschland ist zu einem Operettenstadl verkommen, dessen Kanzlerin auf dem Zenit ihrer Misserfolge im Kiesbett mit Ballettschühchen noch ein paar Piouretten dreht, um in den Geschichtsbüchern zu einer besseren Fußnote zu werden.

Doch vergeblich, denn dort wird sie als die schlechteste und teuerste Kanzlerin der Nachkriegsgeschichte eingehen, die für Deutschland unermessliche Schäden für die nächsten Generationen angerichtet hat.

Die Wirtschaft boomt, die Steuerquellen sprudeln, die Bundesregierung befindet sich im Verteilungsmodus und verteilt, was sie gar nicht mehr hat, als gäbe es kein Morgen, um bei kommenden Wahlen besser darzustehen.

Der Finanzminister jammert, da ihm in den nächsten vier Jahren anscheinend 125 Mrd. Euro fehlen. Nun, er hat sich einfach verkalkuliert und ein größeres Wirtschaftswachstum von 1,8% angenommen. Dummerweise haben wir bald nur noch ein Wachstum von 0,5% oder weniger! Unsere Konzerne liegen bei den Wachstumsraten weltweit in den untersten Rängen und gehören nur zu 14 % deutschen Aktienbesitzern, 86% gehören dem "Rest" der Welt.

Darüber hinaus weiß die Regierung den Mittelstand nicht mehr so richtig zu schätzen, der aber die größten Steuereinnahmen generiert wie auch die größten Beschäftigungszahlen, sowie auch die meisten Ausbildungsplätze bereithält.

Die Bundesregierung begreift anscheinend (noch) nicht, dass die Amerikaner und unsere Nachbarn neidvoll auf die Finanziere dieses Mittelstandes Deutschlands schauen, denn nicht die wenigen

Großbanken, die in ihren Zockersümpfen versinken, sondern die eher örtlich agierenden, Kredite vergebenden kleinen Mittelstandsbanken, Genossenschaftsbanken, die Sparkassen, Raiffeisenbanken tragen mit ihren zielgerichteten Krediten im Gegensatz zu den ihren Aktionären verpflichteten, auf riskante Gewinne spekulierenden Großbanken zu einer gesunden Wertschöpfung bei.

Diese Mittelstandsbanken sollen nun trotz eigener Sicherungen in die Einlagetöpfe der Zockerbanken in ganz Europa , zu denen auch die unsolide Deutsche Bank und die Commerzbank gehören, Einlagen leisten, um deren Risiken, die aber von den Mittelstandsbanken immer vermieden wurden, abzusichern. Man will also die Kreditgeber des Mittelstandes ruinieren um so dem Mittelstand, dem erfolgreichen wirtschaftlichen Rückgrat Deutschlands das Genick zu brechen! Was hört man von der FDP dazu? Die befindet sich auf Tauchstation!

Dass Deutschland genau in diesen vier Jahren, bei denen unser grandioser Finanzminister Scholz über Steuermindereinnahmen von 124 Mrd. Euro klagt, alleine 200 Mrd. Euro mindestens an Flüchtlingskosten bereitzustellen hat, wird verschwiegen, ebenfalls wird geflissentlich verschwiegen, dass Deutschland 2,1 Millionen Hartz4 Bezieher hat, davon 1 Million Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund, die in Hartz4 parken.

Wie am 15.6.2019 in der "Rheinzeitung", meiner Heimatzeitung, zu lesen war, kommen zurzeit täglich wieder 500 Menschen über alle immer noch nicht geschlossenen, nicht kontrollierten Grenzen, jetzt auch aus Venezuela zu uns, im Jahr also ca. 180.000. In fünf Jahren haben wir also ca. 3 Millionen Menschen mehr bei uns, überwiegend Muslime, die sich bis dahin vermehren und weiterhin vermehren werden, die versorgt werden wollen, die unsere Sozial- und Gesundheitssysteme beanspruchen werden. Wenn der Zuzug ungebremst so weitergeht, leben in Deutschland in 25 Jahren über 20 Millionen Migranten, überwiegend Muslime, die ihre Ansprüche, auch bei der Ausübung ihrer Religion nebst "Kultur" in den Parlamenten mit eigenen Parteien durchzusetzen in der Lage sind.

Unsere christlichen Wertevorstellungen, die seit Jahrtausenden Grundlage unserer Kultur sind, werden dann, zumal nichts mehr von den Folgen der gesetzwidrigen Grenzöffnung von 2015

rückgängig gemacht werden kann, unerträglich relativiert. Bedenken das die rot-grünen Illusionisten mit ihrem Anspruch einer unbegrenzten Aufnahmebereitschaft von Millionen in unsere von ca. 30 Millionen fleißig Arbeitenden finanzierten Sozialsysteme? Wollen diese realitätsfremd eine andere Bevölkerung, in der Deutsche mitsamt ihrer Kultur und Werte bloß noch zu einer Nischengesellschaft reduziert werden?

So stellt sich doch die Frage, wer diese illusionären Träume der grünen Weltverbesserer bezahlt, deren Pateivorsitzendenduo mit ihren Umfrageergebnissen mittlerweile wie Jesus übers Wasser gehen.

44 Millionen sind offiziell in Arbeit, so die Bundesregierung. Abzüglich 14 Millionen in Minijobs und im Niedriglohnsektor und in prekären Arbeitsverhältnissen, in 1 Eurojobs oder in Weiterbildung. Also müssen ca. 30 Millionen Beschäftigte, die bis Mitte Juli 2019 für Steuern und Sozialabgaben arbeiten, die Kosten für sich und ihre Familien, unsere auf dem Kopf stehende Demographie, also die 21 Millionen Rentner (Tendenz steigend) und die weiterhin zu uns, also 500 pro Tag über alle unkontrollierten Grenzen Flüchtenden erarbeiten.

Also nun zu weiteren Fakten!

Jemand, der 45 Jahre, ohne wesentliche Unterbrechungen, bei einem Durchschnittseinkommen von 3300 Euro brutto in das Rentensystem eingezahlt hat, bekommt, nun staunen Sie, sagenhafte luxuriöse 1300 Euro Rente brutto.

Toll was! Davon gehen dann noch Steuern, Sozialabgaben und Pflegegeldversicherung ab und übrig bleiben für ein Luxusleben in unserem doch so reichen Land (Tenor der GRÜNEN und LINKEN) 1100 Euro netto. Stirbt dieser von Luxus verwöhnte verheiratete Rentenbezieher, darf sich seine Gattin den Luxus erlauben mit 60% davon, also 660 Euro pro Monat auszukommen.

Da müssen Witwen, die Kinder großzogen, ihrem Mann den Rücken freihielten, selbst eventuell noch einen Minijob annahmen, im Alter mit 660, mal mehr, mal weniger auskommen, stecken in der Altersarmut unverschuldet fest, müssen bei Ämtern betteln gehen, nach Beihilfen nachfragen und lesen in der Zeitung, wenn sie sich diese noch leisten können, dass ein Migrant / Flüchtling unsere

Gesellschaft mindestens 1000 Euro pro Monat kostet und ein Minderjähriger alleinstehenden Flüchtling inklusive Betreuung 60.000 Euro im Jahr! Schon wieder polemisiere ich?

Sie, die das nun lesen fragen sich doch, was mit jenen geschieht, die keine 3300 Euro verdienen, die keine geschlossene Arbeitsbiografie vorweisen können, die mit weniger Brutto durchs Leben gehen? Diese werden später als Bittsteller in den Ämtern zu finden sein.

Was mutet der Staat diesen fleißigen 30 Millionen eigentlich zu und was soll noch an Belastungen hinzu kommen?

Unsere Sozialsysteme waren so ausgelegt, dass es immer mehr Einzahler als Leistungsempfänger gibt. Das galt schon immer für das Renten und Gesundheitssystem. Nun aber stehen einer stark alternden Gesellschaft mit steigenden Zahlen der Leistungsbezieher immer weniger Arbeitende gegenüber, die das alles erwirtschaften müssen.

Auch der deutsche Staat kommt mit seinen Subventionen zur Finanzierung und Stützung dieser auf dem Kopf stehenden Alterspyramide mit ihren gewaltigen Kostendimensionen an die Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen. Eigentlich müsste der Staat sparen was das Zeug hält, so etwa 35 bis 112 Milliarden Euro pro Jahr, um die dramatisch ansteigenden Kosten für Rente-, Gesundheit- und Pflegekosten bei gleichzeitig sinkenden Zahlen der Beitragszahler auch nur einigermaßen aufzufangen. Doch die Finanzierung der gesetzeswidrigen Zuwanderung frist alle Spielräume auf.

Dass es nachdenklichen Bürgern langsam unbehaglich bei dem Gedanken an unsere Sozialsysteme wird, ist logisch und begreiflich. Unbegreiflich ist allerdings, dass unser deutscher Staat, der zuallererst die Fürsorgepflicht gegenüber seinen eigenen hier beheimateten Staatsbürgern hat, auf deren Steuern und Abgaben er sich stützt, ohne Not, gegen die eindeutige Gesetzeslage, ungeachtet der weltweiten Rezessionsgefahren und Rückgängen unserer sinkenden Wirtschafts- und Steuerdaten, über zwei Millionen Leistungsbezieher zurzeit, in fünf Jahren 3 Millionen, ohne deren heutige und künftige Vermehrung (Fertilitätsrate) einzubeziehen, bei weiterhin offengehaltenen Grenzen in unsere

von uns, den Bundesbürgern unterhaltenen Sozialsysteme einwandern lässt.

Da diese Migranten gar nicht daran denken, in nennenswerten Zahlen wieder in ihre angestammten Heimatländer zurückzukehren, berechnete Ausweisungen regelmäßig an einer effizienten Abschiebeverhinderungsindustrie scheitern, müssen wir davon ausgehen, dass jährlich weiterhin ca. 180.000 Migranten über unsere Grenzen kommen. Gleichzeitig konnten aber laut "Welt" vom 11.12.2018 bis Oktober 2018 nur 20.000 abgelehnte Asylbewerber abgeschoben werden. Für 2019 sind aus erwähnten Gründen wohl kaum höhere Abschiebungszahlen zu erwarten. Selbst diese Zahlen aus 2018 halte ich für zu optimistisch, zumal diese von staatlicher Seite stammen, die bisher wenig vertrauenswürdig waren.

Seit 2013 bis hochgerechnet Ende 2019 (Meine Annahme für 2019=180.000 Asylsuchende), haben insgesamt 2,08 Millionen Migranten Zuflucht in Deutschland gesucht, obwohl sie vor unseren Grenzen in den diesen vorgelagerten Staaten schon in Sicherheit waren. Die "Wir schaffen das" Lockrufe der Kanzlerin hallen wider in der ganzen Welt und laden unablässig in unsere Sozialsysteme ein.

Seit 2015 verstärkten sich die Unsicherheiten in der hiesigen Bevölkerung gegenüber den vielen Ethnien/ Religionen, die offen signalisieren, sich hier nicht integrieren, und ihre Religionen und Lebensart unangepasst, in Gettos unter Gleichen lebend, wie in ihren Heimatländern ausleben zu wollen. Dagegen ist prinzipiell nichts einzuwenden, wenn unsere Gesetze beachtet und wir Einheimischen von unseren "Gästen" respektiert werden.

Unsere Toleranz muss aber spätestens da enden, wo die Intoleranz der zu uns Geflüchteten gegenüber unserer Kultur / Lebensart und Gesetze unübersehbar wird.

Leider erleben wir aber allzuoft, dass unser Staat bei der Durchsetzung unserer Gesetze gegenüber Gesetzesbrechern aus den Zuwandererkreisen, besonders der arabischen, unerklärlich zögerlich ist, selbst bei eindeutigen Faktenlagen, während deren Beißhemmungen gegenüber ihren Gastgeber im gleichen Maßstab fallen. Hat unser Staat schon kapituliert angesichts der bis 2045 oder schon früher in Deutschland zu erwartenden Zahl islamischer Bürger von über 20 Millionen?

Leider jedoch gehört es zum Ausleben der islamischen Religion, die eher eine unsere Demokratie tangierende Gesellschaftsordnung darstellt, dass die Scharia den hiesigen Gesetzen vorgezogen wird. Und hier versagt unser Staat permanent, da er zu viele Rücksichten auf jene islamische Religionsfanatiker nimmt, die uns, die Einheimischen als "Ungläubige" ansehen, die es zu bekehren, notfalls zu unterwerfen gilt.

Was aber passiert, wenn der Islam in Deutschland eine respektable Größenordnung von über 20 Millionen auf die Beine und in die Parlamente bringt? Sehen wir uns da muslimischen Bürgern gegenüber, die mit ihren starken religiösen Bindungen Bekehrungsfantasien uns gegenüber, dem säkularisierten Christentum aufkommen lassen, die unweigerlich zu weiteren inneren Spannungen führen?

Schaut man unbefangen auf das Straßenbild in unseren Städten, sieht man deutlich, wie sehr sich unser Land verändert hat.

Ganze Stadtteile vieler Großstädte und Straßenzüge kleinerer Städte entziehen sich der deutschen Gerichtsbarkeit und ersetzen diese durch ihre eigene, der Scharia. Polizei geht nur noch in Mannschafftsstärke in diese Stadteile und Straßen, die erschreckend oft von arabischen Clans beherrscht werden. Müll und Unsauberkeiten, wie in der Ruhrpottstadt Hagen besonders bei den Migranten aus Südosteuropa prägen ganze Straßenzüge und veranlassen dort seit Ewigkeiten beheimatete Bürger wegzuziehen.

Vollverschleierung ist unverständlich immer noch nicht verboten. Asylsuchende Frauen setzen vor Gerichten wie in Koblenz durch, dass sie vollbekleidet in städtische Schwimmbecken dürfen. Versuchen Sie das doch auch einmal mit Jeans und Hemd, um ihre Waschmaschine zu entlasten. Es wird bei einem Versuch bleiben, denn für muslimische Frauen verbiegt man hierzulande gerne unsere Rechtsnormen um bloß keinen Ärger mit muslimischen, aus der Türkei Erdogans und arabischen Ländern gesteuerten Islamverbänden zu bekommen.

Deutsches Recht verkommt zu einer devoten Verbeugungsrechtsprechung vor dem Islam. Selbst die beiden obersten Kirchenführer Deutschlands, Kardinal Marx und der ev. Bischof Bedford-Strohm nahmen ihre vom Steuerzahler hochdotierten

Amtskreuze vor dem Betreten einer Moschee in Jerusalem ab! Was für eine Einstellung voraussetzenden Gehorsams, gegenüber einer religiös verbrämten Gesellschaftsordnung, die sich zu der unsrigen in Konkurrenz betrachtet, die es zu überwinden gilt!

In Hamburg wurden in den ersten 90 Tagen dieses Jahres 111 Messerstechereien registriert. Das waren natürlich alles "Missverständnisse", die milde abgeurteilt werden müssen.

Bei uns werden von "Südländisch aussehenden jungen Männern" Frauen und Männer abgestochen, vergewaltigt, Menschen auf den Straßen gejagt und verprügelt und die Gerichte finden fast immer Gründe, eine für uns unverständliche Milde walten zu lassen.

In Koblenz wurden am 20.6.2019 ganz in meiner Nähe von drei ca. 20 Jahre jungen Männern arabischen Aussehens zwei deutsche Männer verprügelt, auch mit einer Flasche geschlagen, weil diese ihre, man glaubt es kaum.....Zigaretten nicht herausgeben wollten. Schon geringste Anlässe führen zu Gewalttätigkeiten und Messerstechereien, die nicht selten zum Tode der unschuldig Angegriffenen führen.

Nicht alle, aber viele derer, die wie Kanzlerin Merkel sagt "die nun mal hier sind" haben schon von ihren vom tiefen Islam geprägten Herkunftsländern ein völlig anderes Verhältnis zu Ethik und Gewalt und zu Frauen, die sich in ihren Augen unterzuordnen haben, so auch die in deren Augen zu leicht bekleideten, als Freiwild angesehenen deutschen Frauen. Ich erinnere an die Ausschreitungen an Silvester 2016 in Köln auf der Domplatte und dem angrenzenden Bahnhof.

Allzu freundliche Ermahnungen, Bewährungsurteile führen dazu, dass diese "südländisch aussehenden Männer" sich über unser Rechtssystem totlachen, es für schwach halten und einfach so weitermachen wie bisher. Denn bei der nächsten Straftat werden diese ja wieder nur freundlich ermahnt. Selbst die Polizei verzweifelt schon an den Ergebnissen der Gerichtsverfahren.

Verbrechen unserer "Schutzsuchenden" werden nur im äußersten Notfall, wenn nichts mehr zu verbergen ist, der Öffentlichkeit bekannt. Mittlerweile ahnen die meisten Bürger, was ihnen da an Halbwahrheiten und Informationsverweigerung seitens der Behörden und den Medien zugemutet wird.

Es wird kaum noch polizeilich erwähnt, welcher Nation ein Gesetzesbrecher angehört, um Unmut und Wut in der Bevölkerung nicht hochkochen zu lassen. Hier entwickelt sich eine nicht ungefährliche Mischung von Wut und Zorn auf jene, die uns das alles zumuten und jene, die sich in unserem Land aufführen, als stünden sie jenseits unserer Gesetze und jenseits des Anstands, sich in einem Gastland, das ihnen Schutz und Unterhalt gewährt, anständig zu benehmen.

Sind unsere Gesetze denn in voller Härte nur für deutsche Staatsbürger anwendbar? Warum auch nicht für Straftäter, die bei uns "Schutz" suchen. Kaum festgenommen, werden diese wieder mangels "Fluchtgefahr", da diese ja mit Adresse(?) in einem Heim wohnen, wieder auf freien Fuß gesetzt, um dann wie oft geschehen, die nächste Straftat, die nächste Vergewaltigung aufs Kerbholz zu nehmen, um anschließend unauffindbar zu werden.

Ist der Freigelassene dann wieder Straffällig geworden, heißt es: "Dass man das nicht hätte voraussehen können".

Wie oft so geschehen. So breitet sich in der Bevölkerung Unsicherheit und Angst aus. Viele Bürger meiden am späten Abend, erst recht Nachts die Straßen aus Angst zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein.

Zieht man nun ein vorläufiges Resümee aus diesem Artikel, stellt sich zwangsläufig die Frage, was sich diese GROKO dabei denkt, mit der bundesdeutschen Bevölkerung derart überheblich umzugehen, dieser bis zur Selbstverleugnung der staatlichen Ordnung und Stabilität eine sich derart desolat entwickelnde Zukunft zuzumuten.

Es ist nicht zu übersehen, dass sich in Deutschland eine Spaltung manifestiert und zwar zwischen der links-grünen Meinungsmache und den konservativ und erzkonservativ (ehemals CSU) denkenden Menschen, erweitert hin zur AfD, die die Grünen nun als parteilichen Hauptgegner fixiert haben.

Die AfD, aus anderen Gründen auch die GRÜNEN in Deutschland, sind das Ergebnis einer grottenfalschen Politik nicht nur der letzten 15 Jahre, welche in Agenda 2010 unter Schröder, der inkompetenten, nicht gelungenen Eurorettung, den daraus resultierenden Nullzinsen auf den Sparbüchern, der katastrophalen Energiewende und der 2015 getroffenen Flüchtlingsentscheidung

der Kanzlerin den Bürgern den Eindruck vermittelten, das ihre Meinungen und Befindlichkeiten den Regierenden in deren Elfenbeintürmen der Macht bei deren politischen Experimenten egal geworden sind. Explodierende Mieten, viel zu hohe Stromkosten, marode Infrastrukturen, zerbröselnde innere Sicherheit, Nullzinsen runden das Bild der Unzufriedenheit in der Bevölkerung ab.

Wir Deutsche empfinden uns eben nicht als Teil eines Experimentierkastens links-grüner Ideologen, der obendrein auch noch in unserem Land zur Anwendung kommen soll. Kollateralschäden inbegriffen und von den Probanden zu bezahlen! So geht das nicht!

Hier sind die Ursachen der Wahldebakel zu suchen.

Alle etablierten Parteien haben sich aber in den essentiellen Fragen der deutschen Politik gegenseitig parlamentarisch unterstützt und kommen nun aus diesen Verstrickungen nicht mehr ohne Gesichtsverlust raus und wollen dies auch gar nicht, da man ja Fehler zugeben müsste.

Rechthaberei feiert nun keine Triumphe mehr, sondern erlebt an der Wahlurne eine Niederlage nach der anderen, wie die SPD und die CDU erleben müssen. Da diese Parteien immer noch nicht die Ursachen begreifen, weswegen sie massenhaft Stimmenverluste ertragen müssen, werden diese weiter schrumpfen und ihren Status als Volksparteien verlieren. Ich bedauere zutiefst diese Entwicklung, da ich das alte Parteiensystem als Stabilitätsanker für unsere Demokratie überaus schätzte.

Schon längstens wurden Menschen angegriffen, die rechts der Mitte eine andere Meinung als die Regierung und die diese unterstützenden Medien haben.

Zur Einschüchterung der Regierungskritiker liefen dann die von links, grün gehätschelten, finanzierten ANTIFA Schlägertrupps auf, zündeten Autos an, beschmierten Häuser, verprügelten AfD Mitglieder und deren Sympathisanten, halt „Andersdenkende“. Dazu lärmende Stille in den Mainstream Medien! Das linke Brillenglas sandgestrahlt, rechtes Brillenglas mit einem Brennglas versehen, so sieht objektive Berichterstattung in den „Staatsmedien“ aus.

Mit dem widerlichen Geschehen, dem Mord an dem Kasseler

Regierungspräsidenten Walter Lübcke, dessen Familie ich mein tiefstes Mitgefühl hiermit ausspreche, ist nun eine weitere Eskalationsstufe erreicht, die aufgezeigt, wie sehr sich Hass in unserer Gesellschaft aufgebaut hat, die nicht vor einem Mord zurückschreckt. Auch die schon einmal durch ein Attentat schwerst verletzte Kölner Oberbürgermeisterin Reker erhielt, wie auch andere Stadtchefs und Ortsbürgermeister, eine Morddrohung. Ist das eine weitere neue Normalität in Deutschland, mit der wir uns abfinden müssen, in unserem einst so sicheren Land?

Ich will mich nicht mit solchen Zuständen abfinden und verlange von den Verantwortlichen in Bund und Ländern, dass diese sich auf Ursachenforschung begeben und sich selbst dabei nicht ausnehmen!

Quasi reflexartig richtete sich nach diesem Mord nun der Blick der regierungsfreundlichen Medien und der Politiker der GROKO auf die AfD und es wird jetzt schon mit einer Schlammschlacht begonnen, sozusagen als Wahlkampfhilfe, die wohl bis zu den Landtagswahlen ausgedehnt werden wird, um der AfD an dieser Hinrichtung, anders kann man es kaum bezeichnen, eine Mitschuld zu geben und dieser mit reinen Behauptungen weitestgehend zu schaden. Man kann sich diese Sendungen der öffentlich rechtlichen Talkshows kaum mehr anschauen, in denen in Abwesenheit der AfD über diese genüsslich hergezogen wird.

Bei Anwesenheit eines rhetorisch begabten AfD Politikers würden die Ankläger schnell zu Angeklagten, was unbedingt zu vermeiden ist. Unglaublich, was dieser abgehalfterte EX-CDU Generalsekretär Tauber da so von sich gibt, der taub für jedes politische Gespür zu sein scheint.

Ja, diese Partei hat einige für mich schwer erträgliche Figuren in Spitzenpositionen wie z. B. diesen, seine hohe Bildung ständig verleugnenden Björn Höcke. Ja, diese Partei macht Fehler, dummliche, vermeidbare Fehler. Besonders in der Ausdrucksweise zu vielen aktuellen Themen hat diese Partei noch riesigen Lernbedarf, ebenso bei der Abgrenzung gegen extrem rechte, unverbesserliche, tumbe Nazigruppierungen, die es aber schon vor der AfD gab. Die AfD muss(!) es sich abgewöhnen, in diesem widerlichen Milieu auf Stimmenfang zu gehen, um im

parlamentarischen Betrieb nicht ständig auf der Anklagebank zu sitzen.

Aber auch, man behandelt diese von Millionen Wähler in die Parlamente Deutschlands als Ankläger dieser desaströsen Politik entsendeten Abgeordneten, die diese konfuse Politik der letzten 15 Jahre für die Regierenden äußerst unbequem, zu Recht thematisieren und kritisieren, aber nicht zu verantworten haben wie Parias, und gesteht deren Bundestagsfraktion nicht einmal den ihr zustehenden Vizepräsidentenposten zu.

Jetzt aber dieser Partei eine Mitschuld, gar Teilhabe an diesem abscheulichen Mord zu unterstellen, weil einige ihrer Mitglieder verbale Schwächen haben und Nähe zu ganz rechts nicht vermeiden, ist geradezu absurd und den Landtagswahlen geschuldet, die zu einem Desaster für die Union und SPD zu werden drohen.

So könnte man auch, wenn man denn unbedingt wollte, angesichts der bundesweit zunehmenden Messerstechereien und Morde, Vergewaltigungen seit 2015, der 12 Morde mit 55 Verletzten auf dem Berliner Breitscheidplatz, dem Silvesterdebakel in Köln 2016 mit gleicher absurder Einordnung der Ereignisse, den Blick auf das Kanzleramt richten, was ja wenigsten noch eine gewisse Logik beinhalten würde.

Wir kommen nicht darum herum, uns einmal über den Begriff Toleranz zu unterhalten. Wir Deutsche haben nach den beiden Kriegen mehr als reichlich Toleranz bewiesen, da wir von den Ereignissen vor 1945 gelernt haben. Schon während des Jugoslawienkrieges öffneten wir großzügig unsere Grenzen und schützten ca. 450.000 Balkanflüchtlinge, die dann nach Kriegsende überwiegend zügig in ihre Länder zurückkehrten.

Was ich aber meine, ist die Toleranz gegenüber Andersdenkenden. In fast unbegreiflicher Hysterie hecheln die GROKO Parteien hinter jedem neuen Hype des Klimawandels hinterher, um nicht noch weiter in der Wählergunst abzurutschen und.....werden so immer unglaubwürdiger, da diese fahrlässig ihre ehemaligen Positionen im Parteienspektrum räumen.

Mit zunehmender Hilflosigkeit gegenüber einem für die Altparteien scheinbar unabwendbaren Schicksals, verlieren diese jegliche

Toleranz gegenüber jenen konservativen Bürgern, die sie in dem Bestreben, nur in der „Mitte“ Mehrheiten zu finden, alleine gelassen haben. Eine neue Partei entstand für die „Im Stich Gelassenen“, gegenüber denen man bei den immer schwindsüchtiger werdenden etablierten Parteien keinerlei Toleranz praktizieren will.

Bürger werden intolerant mit den tumbesten Rechtsextremisten in einen Topf geworfen und ob ihres Wahlverhaltens als zu verurteilender und auszugrenzender Bevölkerungsteil angesehen, der es nur noch im vertrautesten Freundeskreis zu sagen wagt, AfD gewählt zu haben. Wie schon erwähnt, verfährt man so auch in den Parlamenten mit den legal dorthin gewählten Abgeordneten der AfD. Dass diese neue Partei von 6 Millionen Bürgern legitimiert zum Diskurspartner in unserem Land geworden ist, mit dem man sich gefälligst politisch auseinandersetzen muss, anstatt diese Partei ständig auszugrenzen, ist noch nicht in den schnappatmenden Parteizentralen der Parteien angekommen, die ihre Felle davonschwimmen sehen.

Intoleranz darf es nur gegen über Intoleranten geben, die unserer Demokratie in Wort und Tat schaden wollen. Intoleranz hat aber gegenüber parteilichen Mitbewerbern nichts, aber auch gar nichts zu suchen.

Hier ist politischer Streit mit zielführenden Diskussionen gefragt, anstatt mit parlamentarischen Ausgrenzungen, Pöbeleien dichtzumachen, ohne jedoch damit verhindern zu können, dass diese aus panischer Angst geborene Intoleranz gegenüber den „Im Stich gelassenen konservativen Bürgern“ und den von diesen in die Parlamente Gewählten den Abstieg in die Bedeutungslosigkeit der Volksparteien abbremsen zu können.

Erschreckt stellen wache Bürger fest, dass in unserem Land mit der längstens zu beobachtenden Sprache der „politischen Korrektheit“ bei eigener Meinungsäußerung sich eine „Schere im Kopf“ aktiviert, um im Freundeskreis und Berufsumfeld, bei der Karriere keine Nachteile zu erfahren. Die Meinungsfreiheit in Deutschland wird zunehmend deformiert, um einer Meinungsminderheit die Deutungshoheit über die Meinungsmehrheit dauerhaft zu ermöglichen.

Dafür wird in den regierungsfreundlichen links-grünen Medien das

Hohe Lied der Toleranz gesungen, aber in Wirklichkeit eine Intoleranz etabliert, die sich negativ wie Mehltau über unsere Gesellschaft legt. Ein Riss tut sich in unserer Gesellschaft auf und ist die Folge Merkel'scher Politik der letzten 15 Jahre, die unser Parteiensystem zu ihrem Machterhalt komplett gegen die Wand gefahren und auch die heutige prekäre Situation der CDU zu verantworten hat.

Wenn die CDU zu feige ist, das einmal nachdrücklich ihrer sich anscheinend im Ruhezustand befindlichen Kanzlerin zu sagen, machen das eben die Wähler! Punkt.

Schaut man auf die Schuldenlage des Euroraums von ca, 10 Billionen Euro, auf die Italiens von 2,37 Billionen, auf die Forderungen der Deutschen Bundesbank von 935 Milliarden Euro an unbesicherten Krediten an unsere Nachbarn, bei denen das Risiko bei dem Kreditgeber, also uns liegt, erkennt man unzweideutig, dass der Euroraum in ernstesten Schwierigkeiten steckt und nur noch die Frage erlaubt sein muss, wie lange der Euro noch haltbar ist. Dass der Euro so keinen Bestand haben kann, ist mittlerweile im Kreise der bekanntesten Ökonomen unstrittig. Vor diesen Hintergründen muss man unsere Zukunft eingebettet sehen, wenn man nicht blauäugig alle Warnzeichen ignorieren will.

Die politische Landkarte Deutschlands wird sich in diesem Jahr verändern und wir können nur hoffen, dass das mit einem diskussionsfreundlichen Klima in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten einhergeht. Denn die seit 15 Jahren unerträgliche Alternativlosigkeit einer uns aufoktroierten Politik der Kanzlerin muss ein Ende haben, denn es gibt in einer funktionierenden Demokratie zu allen Themen und Problemstellungen immer eine Alternative.

Wo gehst du hin Deutschland, oder besser, was willst du Deutschland?

Heiner Hannappel

Koblenz

E-Mail heiner.hannappel@gmx.de

www.fortunanetz.de

Meine Homepage auf [Fortunanetz...](#)